

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

53 (3.3.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung
für
Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 53

Freitag, 3. März 1950

Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Vorbereitungen für den Internationalen Frauentag
Billigere Lebensmittel — erhöhte Kaufkraft in der SU
Proteste der betrogenen Kriegsopter
Bundesbahn wird verschachert

Max Reimann antwortet McCloy!

Volksabstimmung gegen Ruhr- und Besatzungsstatut, für Abzug der Besatzungstruppen und gerechten Friedensvertrag das dringende Gebot für ganz Deutschland

Der amerikanische Oberkommissar McCloy hat durch seine Erklärung auf der Pressekonferenz am 28. Februar 1950 in Frankfurt, daß die Vereinigten Staaten die politische Vereinigung Deutschlands auf der Basis freier Wahlen in ganz Deutschland, erstreben eingestanden, daß die durch die USA geführte Deutschland-Politik mehr und mehr auf den Widerstand des deutschen Volkes stößt.

In allen Kreisen der Bevölkerung Westdeutschlands wächst zusehends die Erkenntnis, daß die Spaltung Deutschlands und die von den Besatzungsmächten und der von ihnen abhängigen Adenauer-Regierung betriebene Wirtschaftspolitik in die Krise und somit zur Verelendung des Volkes führt.

Die Bestrebungen der Westmächte, Westdeutschland in den Atlantikpakt einzubeziehen und eine unter anglo-amerikanischem Kommando stehende westdeutsche Söldnerarmee aufzustellen, enthüllen der Bevölkerung, daß unsere Heimat zur strategischen Basis für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ausgebaut werden soll, wodurch die Vernichtung Deutschlands in einem dritten Weltkrieg heraufbeschworen wird.

Die verantwortlichen Leiter der amerikanischen Deutschland-Politik erkennen, daß die Bevölkerung in Westdeutschland sich im wachsenden Maße in die Nationale Front des demokratischen Deutschlands eingliedert, die sich die Erhaltung des Friedens durch die Schaffung einer einheitlichen, unabhängigen deutschen, demokratischen Republik zum Ziele gesetzt hat. Eine unser ganzes Volk umfassende Nationale Front des demokratischen Deutschlands vereitelt die anglo-amerikanischen Kriegspläne und bildet die größte Gefahr für die Kolonialherrschaft des angloamerikanischen Imperialismus in Westdeutschland.

Totale Zerstörung der Reichswerke

Watenstedt-Salzgitter. (dpa). Der endgültige Demontagebefehl für die Reichswerke Watenstedt-Salzgitter hat im Werk und in der Stadt die Hoffnung zerschlagen, daß die Totalzerstörung bestimmter Werkteile noch abgewendet werden könnte. Im Bereich der Kokerei II wird nach einer Mitteilung aus den Werken seit Dienstagabend gesprengt. Auch die vor zwei Wochen begonnenen Sprengungen im Blechwalzwerk werden fortgesetzt.

Sirengeheul und Streik gegen Toeing-Demontage

Toeing-Inn. (dpa). Wenn der erste Demontagerbeiter am 6. März die Vereinigten Aluminiumwerke in Toeing am Inn betritt, werden in allen zur Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik gehörenden südbayerischen Fabriken und in sämtlichen Betrieben der Vereinigten Aluminiumwerke im ganzen Bundesgebiet die Sirenen aufheulen. Auf Beschluß der Werksleitung und der zuständigen Gewerkschaftsvertreter werden sie 15 Minuten lang als Protest gegen die Demontage ertönen. Während des Sirengeheuls werden die Arbeiter und Angestellten in Kundgebungen gegen die Demontage protestieren und voraussichtlich anschließend einen einstündigen Sitzstreik durchführen. Die Betriebe werden außerdem acht Tage lang unter Trauerflagge arbeiten.

In Toeing soll das modernste Ofenhaus der Vereinigten Aluminium-Werke demontiert werden.

Friedensdelegation im niederländischen Parlament festgenommen

Amsterdam. (EB). Eine Delegation des ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses ist am Dienstag im niederländischen Parlament, bei dem Versuch, diesem die Friedensvorschläge über eine Abrüstung und das Verbot der Atomwaffen zu unterbreiten, festgenommen und von der Polizei zum Verlassen des Parlamentsgebäudes gezwungen worden.

Im Streiflicht gesehen

Dr. Klett: Von Leipziger Aufbau stark beeindruckt

Stuttgart. (dpa). Der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Klett hat sich in einem Brief an den Leipziger Oberbürgermeister für die herzliche Aufnahme der Stuttgarter Delegation bedankt, die kürzlich Leipzig besuchte. Die Delegation, so heißt es in dem Brief, sei besonders von dem Wiederaufbau in Leipzig beeindruckt gewesen.

Ohne Visum von Paris zur Leipziger Messe

Paris. 200 französische Geschäftsleute werden in der kommenden Woche zum Besuch der Messe nach Leipzig fahren. Sie haben zum Betreten der Sowjetzone keinerlei Visum nötig. Der Besitz eines gültigen Passes und einer Messebesucherkarte ist ausreichend. Die polnische Fluggesellschaft Lot hat während der Messe einen besonderen Flugdienst Paris-Leipzig eingerichtet. Die französischen Messebesucher erhalten außerdem auf den Eisenbahnlinien der Sowjetzone einen 50prozentigen Preisnachlass.

Schwerer Raubüberfall in Trier

Trier. Drei bewaffnete und zum Teil maskierte Männer überfielen am Mittwochmorgen in der Trierer Vorstadt Kürzen eine Posthilfsstelle und raubten 17 000 Mark Rentengelder. Der Postangestellte wurde mit einem Pistolenknau niedergeschlagen. Die Täter entkamen unerkannt.

Blutige Familientragödie im Ausländerlager

Münster. Drei Tote waren das Opfer einer blutigen Familientragödie, die sich im Ausländerlager Greven bei Münster in Westfalen ereignete. In der Wohnung eines Polen fand die Polizei dessen Frau und die 14jährige Tochter ermordet im Bett auf. Der Ehemann, den die Polizei als Täter ermittelte, verübte Selbstmord, indem er sich vor einen Eisenbahnzug warf.

Kalb mit vier Hinterbeinen

Uelsen. In Groß-Thorndorf, Kreis Uelsen, brachte kürzlich eine Kuh ein Kalb mit vier Hinterbeinen und zwei Vorderbeinen zur Welt. Die „Geburtsheifer“ versuchten die überzähligen Hinterbeine abzutrennen, da das Kalb lebensfähig erschien. Diese „Pferdekur“ überlebte das Tier allerdings nicht.

Selbstmord der Frau des Hamburger Falschmünzers

Hamburg. Die Ehefrau des in Hamburg-Altona unter dem Verdacht der Falschmünzerei festgenommenen Otomar Anders, Frau Ruth Anders, beging nach der Festnahme ihres Mannes Selbstmord durch Erhängen. Ihre Leiche wurde in der Nähe von Hamburg aufgefunden. Frau Anders war während der Haussuchung, bei der die Polizei Kleines und frischgedrucktes Falschgeld fand, plötzlich verschwunden.

Fünffacher Mord und Selbstmord

Bautzen. Der 39jährige Johann Pitzschmann aus Wittichenau bei Bautzen ermordete am Mittwoch durch Axthiebe seine Frau, seinen Sohn, seine Schwägerin, seinen Neffen und seine Nichte. Nachdem Pitzschmann die Leichen zerstückelt hatte, beging er Selbstmord. Die Gründe seiner Tat sind noch nicht bekannt.

Die Erklärung McCloy ist der Ausdruck der Besorgnis der amerikanischen Imperialisten vor dem wachsenden Eindringen des Gedankens der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands in die Bevölkerung Westdeutschlands. Darum will McCloy mit seiner Erklärung die Tatsache vertuschen, daß die Spaltung Deutschlands bewußt von den anglo-amerikanischen Imperialisten herbeigeführt wurde, die deshalb den Boden der Potsdamer Beschlüsse verließen. Der ehemalige USA-Außenminister Marshall sprengte die Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947, um das Zustandekommen der Einheit Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages zu verhindern. Aus diesem Grunde wurde auch gemäß den Londoner Empfehlungen der koloniale westdeutsche Staat geschaffen.

Die Erklärung des Oberkommissars McCloy, daß die politische Vereinigung Deutschlands auf Grund freier, gesamtdeutscher Wahlen eines der Hauptziele der amerikanischen Politik sei, ist daher eine Irreführung des deutschen Volkes. Unter den Bedingungen des Besatzungsstatuts und des Ruhrstatuts, denen auf Grund der Londoner Empfehlungen Westdeutschland unterworfen ist, können keine freien Wahlen durchgeführt werden. Die Voraussetzung für die Durchführung freier Wahlen für ganz Deutschland ist die Außerkraftsetzung des Besatzungsstatuts und des Ruhrstatuts, der Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, wodurch dem deutschen Volke aus in Westdeutschland das Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird und der Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland.

Hierüber schlagen wir eine Volksabstimmung in ganz Deutschland vor. Es ist nicht zu bezweifeln, daß nur eine solche Abstimmung den nationalen Interessen des deutschen Volkes und dem Frieden dient.

Gegen den Wind und die Winke aus USA

Starke Nationale Front ist die Voraussetzung für freie und gleiche Wahlen in Westdeutschland

Bonn. (EB) Sich immer mehr verstärkende Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch auf der ganzen Linie lassen den „Goldenen Westen“ Deutschlands immer klarer als das erkennen, was er ist, nämlich als eine ausbeutete Kolonie des anglo-amerikanischen Imperialismus. Die immer stärker werdende Nationale Front und ihre Hauptstütze, die Deutsche Demokratische Republik, führen dagegen den Kampf um die Befreiung ganz Deutschlands mit immer offensichtlicher werdendem Erfolg. Nachdem so die Spalter und Imperialisten eine Schlappe nach der anderen erleiden, ist ihnen jedes Mittel recht, um ihre ausgeleierte Propagandamaschine für ihre finsternen Zwecke wieder in Gang zu bringen. Der amerikanische Hochkommissar McCloy hat mit seiner Erklärung, daß das Kabinett Adenauer die Initiative zur Organisation „freier Wahlen“ in Gesamtdeutschland ergreifen solle, das Signal gegeben und nun stimmen alle Kleinen und großen Klüffler ein.

Der Minister zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands, Jakob Kaiser, hat den Wind des Herrn natürlich gut verstanden, indem er vor der Pressekonferenz verkündete, McCloy sei ein „großer Verbündeter“ für die Bestrebungen des Adenauer-Kabinetts. Es muß demgegenüber festgestellt werden, daß Herr McCloy vor allem der Vorgesetzte von Herrn Adenauer und Herr Kaiser ist. Solange dieser Vorgesetzte und die Regierungen in Washington, Paris und London die Demokratisierung in Westdeutschland auf Grund der Potsdamer Beschlüsse nicht durchführen, kann von freien und gleichen Wahlen in Westdeutschland keine Rede sein. Wenn

Herr Kaiser plötzlich entdeckt hat, daß „eine gesamtdeutsche Nationalversammlung“ gewählt werden müsse, dann sei festgestellt, daß es die westwärts orientierten Parteien und ihre Hintermänner waren, die schon 1946 eine solche Entwicklung verhindert haben, als noch eine Vier-Mächte-Kontrolle über ganz Deutschland bestand. Seitdem haben diese Kräfte in Westdeutschland Verhältnisse geschaffen, die weder freie noch gleiche Wahlen zuließen. Worauf Herr Kaiser hinaus will, war daran zu erkennen, daß er als Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik nicht die durch die Wahlen zum Volkskongreß her-vorgegangene Volkskammer als Repräsen-

tation anerkennen will, „sondern eine besondere Gruppe von Landsleuten“, die vom Adenauer-Kabinett bestimmt wird. Bei dieser Gruppe muß es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um aus der Deutschen Demokratischen Republik geflohenen Schieber, Diebe und Wirtschaftssaboteure handeln, die nach Kaisers eigenen Angaben 90 Prozent aller „Geflüchteten“ ausmachen. Damit ist wohl jedem klar, daß diese Pläne mit dem Wunsch zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht das Geringste zu tun haben, sondern nur eine neue Kampagne zur Aufrechterhaltung der Gegensätze und der Spaltung sein sollen.

Diese Pläne werden keinen Erfolg haben. Eine starke nationale Front wird die Voraussetzungen zur Durchführung von freien und gleichen Wahlen dadurch schaffen, indem sie den Abzug der Besatzungstruppen und den Abschluß eines Friedensvertrages erkämpft. Das ist der Wille des deutschen Volkes. In diesem Willen wird es unterstützt von der stärksten Friedensmacht, der Sowjetunion und von den Volksdemokraten, die sich auf der Warschauer Außenminister-Konferenz zu diesem Ziel bekannten.

Weltkampftag der Frauen für den Frieden

Vorbereitung für den Internationalen Frauentag am 8. März — Kampf für deutsche Einheit ist Kampf für Frieden

Düsseldorf. (Eig. Ber.) In allen Ländern der Welt werden die letzten Vorbereitungen für den Internationalen Frauentag am 8. März 1950 getroffen. An diesem Tage führt sich zum vierzigsten Male der internationale Weltkampftag der Frauen, der in allen Jahren ein Bekenntnis zum Frieden war. Der Internationale Frauentag 1950 aber wird in besonderem Maße beweisen, daß die Frauen der Welt eine mächtige Kraft im Kampf um den Frieden sind.

Die Mütter und Frauen in London und Bukarest, in New York und Berlin, in Rom und Moskau werden an diesem Tage für Frieden und Völkerverständigung demonstrieren. Sie alle werden sich an diesem

Tage verpflichten, alles zu tun, um den Kindern eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Auch in Westdeutschland werden zahlreiche Kundgebungen am Internationalen Frauentag durchgeführt, so in Köln, Düsseldorf, Dortmund, Hagen, Bielefeld, Essen und in vielen anderen Orten. Diese Kundgebungen stehen im Zeichen des Kampfes gegen die Remilitarisierung. Die Mütter und Frauen werden sich solidarisch erklären mit dem Kampf der westdeutschen Werktätigen für den Frieden und beweisen, daß sie in der vordersten Reihe des Friedenskampfes stehen. Die Frauen Westdeutschlands werden für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes eintreten, da der Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands ein Kampf für den Frieden ist.

Durchgeführt werden all diese Kundgebungen unter den Losungen: „Mit den Frauen der Welt für eine bessere Zukunft unserer Kinder! Mit den Frauen der Welt für Frieden und Völkerverständigung! Kein Wagon, kein Schiff, kein Auto für Waffentransport! Kampf für die Verteidigung des Friedens gegen die Kriegstreiber! Wir Frauen fordern das Verbot der Atombombe! Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihre deutschen Handlanger! Die Freundschaft des Sowjetvolkes und des deutschen Volkes sichert den Frieden! Frauen, reißt euch ein in die Weltfront der Kämpfer für den Frieden!“

Schon jetzt gingen zahlreiche Schreiben aus der Deutschen Demokratischen Republik an das Vorbereitende Komitee zum Internationalen Frauentag in Westdeutschland in Frankfurt ein, in denen die Verbundenheit der deutschen Frauen und Mütter im Kampf um den Frieden zum Aus-

druck kommt. „Ihr steht in Eurem tapferen Kampf um das Leben Eurer Söhne, um das Aufwachen Eurer Kinder in einem geeinten und friedliebenden Deutschland nicht allein“, heißt es in einem Telegramm des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Landesverband Brandenburg. In einem Telegramm des Landesverbandes Thüringen heißt es: „Wir stehen zu Euch, wir fühlen uns eng verbunden mit Euch als unsere Schwestern im Westen und werden nicht eher rasten, bis die Zensurstrahlen gefallen sind, bis wir in einem geeinten Vaterland uns die Hand reichen können.“

Justiz gegen das Volk

Dr. Dehler ist Schirmherr des Hedlergeistes in der Justiz

Bonn. (Eig. Ber.) In Bonn hatte man sich allgemein auf einen ruhigen Verlauf der Plenarsitzung eingestellt. Nur zwei Drittel der Abgeordneten war deshalb anwesend. Als aber Bundesjustizminister Dr. Dehler bei der Einbringung des Regierungsentwurfes über die Wiederherstellung der Rechtsprechung auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechtes auf den Fall Hedler zu sprechen kam und behauptete, die jetzigen Richter rechtfertigten durchaus das in sie gesetzte Vertrauen, kam es zu heftigen Protesten auf der linken Seite des Hauses.

Abg. Arndt (SPD) forderte den Justizminister sogar auf abzutreten, wenn er sich zu Grundsätzen bekenne, die Herr Hedler straffrei verfechten könne. Ansonsten führten Sozialdemokraten, christliche und freie Demokraten gemeinsam mit den Faschisten von der Deutschen Rechtspartei einen grotesken Tanz um den heißen Brei auf, der da heißt, um die bürgerliche Justiz steht's faul. Der Sprecher der KPD-Fraktion Heinz Renner gab darauf die richtige Antwort: „Hier geht es aber um die Frage, ob in Westdeutschland eine Justizkrise besteht oder nicht.“ Diese Krise bestehe aber schon seit langen Jahrzehnten. Aus der Fülle des Materials nahm er das skandalöse Urteil gegen den bekannten Bergarbeiter Schröder zur Zeit der Bismarckschen Antisozialistengesetze und den Program in Bielefeld heraus. Er rief den Abgeordneten auf der Regierungseite zu: „Die Justiz, die Sie in Ihrem „demokratischen Staat“ mit einer

Binde vor den Augen darzustellen beliebten, hat es immer fertigebracht, durch diese Binde oder unter dieser Binde heraus klar zu erkennen, wer vor ihr steht. Sie hatte eine geradezu erstaunliche Gabe zu unterscheiden, ob der zu Verurteilende ein Glied der herrschenden Klasse war, oder ob er zur Klasse des unterdrückten Volkes gehörte!“

Heinz Renner stellte weiter fest, daß die Richter in der britischen Zone durch die Besatzungsmacht mit dem Ergebnis entnazifiziert worden seien, daß heute noch 80 Prozent ehemalige Nationalsozialisten als Richter amtieren. Das hat sogar der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Menzel, ausgesprochen.

„Vertrauen sollen wir zu dieser Justiz haben?“ fragte Heinz Renner. „Wäre es nicht besser, daß diese Justiz von heute dem deutschen Volke einmal den Beweis erbringen müßte, daß sie die Demokratie verteidigt.“

Billigere Lebensmittel - erhöhte Kaufkraft

Der Rubel auf-, der Dollar abgewertet

Der Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und das Zentralkomitee der KPdSU haben den Rubel auf Golddeckung umgestellt und aufgewertet. Der Verrechnungskurs zum Dollar beträgt jetzt 4 Rubel für einen USA-Dollar gegenüber bisher 5,30 Rubel. Während die Kaufkraft des Dollars fällt, ist der Wert des Rubels gestiegen. Weiter wurde beschlossen, die Preise für Lebensmittel und Industrieartikel vom 1. März ab im Durchschnitt um 25-30 Prozent herabzusetzen.

Für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion zum Kommunismus ist diese Tatsache von außerordentlicher Bedeutung, zeigt sie doch die gewaltige Steigerung der Produktion in der Industrie und Landwirtschaft der UdSSR.

„Während in den kapitalistischen Ländern die Anzeichen der wachsenden Wirtschaftskrise immer stärker in Erscheinung treten, die industrielle Produktion zurückgeht und die Arbeitslosigkeit ansteigt, ist die Brutto-Produktion der sowjetischen Industrie in den vergangenen Jahren des Nachkriegs-Fünfjahresplans jährlich um 20 und mehr Prozent gestiegen. Die Brutto-Produktion der gesamten Industrie der UdSSR lag 1949 um 41 Prozent über dem Produktionsstand des Vorkriegsjahres 1940.“ (Aufruf des ZK der KPdSU, abgedruckt „Tägliche Rundschau“ 19. Februar 1950)

Diese Produktionssteigerung ermöglichte die Herabsetzung der Preise. Innerhalb kurzer Zeit ist es die dritte Preissenkung. Jede Preissenkung in der SU ist eine Erhöhung des Realinkommens der ganzen Bevölkerung, während in den kapitalistischen Ländern Preiserhöhungen — wenn sie über-

haupt eintreten — nicht der gesamten Bevölkerung zugute kommen, da das Heer der Arbeitslosen ständig wächst. Der Aufruf des Zentralkomitees der KPdSU sagt darüber: „Die Einnahmen der Arbeiter und Angestellten haben sich im Vergleich zu 1940 je Kopf der Bevölkerung in vergleichbaren Preisen um 24 Prozent erhöht. Die Einnahmen der Bauern sind entsprechend mehr als 30 Prozent gestiegen.“ (Aufruf des ZK der KPdSU.)

Die imperialistischen Kräfte wissen um die Erfolge in der Sowjet-Union, die die Kraft des sozialistischen Landes gewaltig erhöhen. Deshalb verstärken sie ihre Hetze gegen die SU, um den tiefen Eindruck zu verwischen, den diese großen Erfolge auf die Bevölkerung der kapitalistischen Welt machen. Die Werktätigen der kapitalistischen Welt stehen überall im Kampf gegen die Monopolkapitalisten für die Erhaltung ihres Lebensstandards. Die verheerenden Wirkungen des Marshallplans zeigen sich schon jetzt in den westeuropäischen Ländern einschließlich Adenauers Separatstaat. Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger herrschen in den westlichen „Demokratien“. Selbst in Amerika, der Heimat des Marshallplans, dem angeblichen Allheilmittel für den Kapitalismus, gibt es nach gewerkschaftlicher Schätzung mehr als 6 Millionen Arbeitslose. Trotzdem verlangen die Herren der Welt-

street von der westdeutschen Bevölkerung den weiteren „Konsumverzicht“, also eine Einschränkung des schon jetzt zu niedrigen Verbrauchs an Lebens- und Genußmitteln, an Kleidung und anderen Artikeln des täglichen Bedarfs. „Konsumverzicht“ in den kapitalistischen Ländern, Erhöhung des Konsums für die ganze Bevölkerung in der Sowjetunion.

Alein durch diese letzte Preiserhöhung wird die Bevölkerung der Sowjetunion in die Lage versetzt, für 110 Milliarden Rubel Güter des täglichen Bedarfs mehr zu erwerben.

Über 40 Millionen Arbeitslose weist die Statistik der kapitalistischen Welt auf. Diese Zahlen sind sogar noch unvollständig, in Wirklichkeit sind sie bedeutend größer. Allein rund 3 Millionen Arbeitslose muß der Kanzler der Spalterregierung Adenauer für Westdeutschland und Westberlin buchen, als Ergebnis der Marshallplan-Politik.

„Die Sowjetmenschen kennen nicht die Schrecken der Arbeitslosigkeit und des ganzen mit ihr verbundenen Elends. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten ... nimmt ständig zu.“

Aufruf des ZK der KPdSU. Fast fünf Jahre nach Beendigung des Kriegszustandes hausen in Westdeutschland noch Millionen Menschen in Keller- und Bunkerräumen. Selbst der Leiter der ECA-

Sondermission für die Bundesrepublik Deutschland, Robert M. Hanes, muß nach dem „Industrie-Kurier“ vom 28. Februar 1950 den kapitalistischen Mißerfolg zugeben: „Es habe sich die paradoxe Situation ergeben, daß trotz des Bedarfs von 5 Millionen Wohnungen Bauarbeiter entlassen werden müssen.“

Anders liegen die Verhältnisse in der Sowjetunion. In dem zitierten Aufruf der KPdSU heißt es: „In den ersten vier Jahren des Fünfjahresplans der Nachkriegszeit wurden in den Städten über 72 Millionen qm Wohnraum wiederhergestellt bzw. neu geschaffen. Auf dem Lande wurden in dieser Zeit über 2.300.000 Wohnhäuser gebaut. Überall werden Krankenhäuser, Kinderpflegestätten und kulturelle Einrichtungen errichtet. Die soziale Bevölkerung erhält unentgeltlich ärztliche Hilfe. Die Zahl der Sanatorien und Erholungsheime für die Werktätigen ist im Steigen begriffen.“

Die Erfolge der Sowjetunion sind gleichzeitig Erfolge für die Erhaltung des Weltfriedens. Die Sowjetunion ist die führende Kraft in dem Kampf um den Frieden. Die fortschrittlichen Kräfte in der kapitalistischen Welt erkennen immer mehr, daß man den Kampf um die Verteidigung des Friedens nicht mehr trennen kann von dem Kampf um die wirtschaftliche Freiheit. Deshalb begrüßen wir diesen gewaltigen Erfolg der Sowjetunion, als einen Erfolg für die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt und für den Frieden. H. H.

USA-Filme beherrschen den westdeutschen Markt

Die Lage der westdeutschen Filmindustrie, die nach ihren eigenen Angaben vor dem finanziellen Zusammenbruch steht, beschäftigte den Bundestagsausschuß für Presse- und Filmwesen. Nach einer Meldung im „Handelsblatt“ vom 20. Februar 1950 wies der Vorsitzende dieses Ausschusses Dr. Vogel auf

„die Bestrebungen der ausländischen Filminteressenten hin, den deutschen Filmmarkt völlig zu beherrschen.“

Noch präziser wurde der niedersächsische Kultusminister Voigt, der nach einer Meldung im „Industrie-Kurier“ vom 21. Februar 1950 gesagt hat:

„daß heute jährlich 100 Millionen DM für Filmeinfuhren ausgegeben werden müßten, während vor dem Krieg deutsche Filme jährlich 30 Millionen Mark Devisen eingebracht hätten, 80 Prozent aller gespielten Filme seien amerikanischer, englischer oder französischer Herkunft.“

Vom Ruhrstatut, von der Demontage der westdeutschen Konkurrenz-Industrie und vom Verbot der Kohlenveredlungsindustrie führt der Weg des amerikanischen Imperialismus zur Unterdrückung der deutschen Kultur. Sogar der Vorsitzende des Film Ausschusses betonte, daß ein Verzicht auf eine eigene deutsche Filmproduktion weder aus wirtschaftlichen noch aus allgemein kulturellen Gesichtspunkten heraus möglich sei. Das deutsche Filmschaffen ist durch diese Invasion der amerikanischen Filmindustrie bedroht. Unter dem Schutz der Besatzungsmacht erobert der ausländische Film den westdeutschen Markt; und das wertvolle, künstlerisch hochstehende Filmschaffen der Deutschen Demokratischen Republik kommt der westdeutschen Bevölkerung fast gar nicht zugute. Es geht aber nicht nur um das gute Geschäft, welches von den ausländischen Filmkonzernen in Deutschland zwar gemacht wird, von größerer Bedeutung für das deutsche Volk und für die deutsche Nation ist die damit verbundene ideologische Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung, die den Zielen des amerikanischen Imperialismus, der westeuropäischen Kolonisierung und der Vorbereitung des dritten Weltkrieges dienen soll.

Täglich Proteste der betrogenen Kriegsgopfer

Protestmarsch nach Bonn eine Notwendigkeit

Bonn. (EB) Wie wir erfahren haben, hat der Bundesrat am 16. 2. 1950 dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz zur Verbesserung von Leistungen an Kriegsgopfer zugestimmt. Dagegen liegt bis zum heutigen Tag die Entscheidung der Hohen Kommission noch nicht vor. Das Bundes-Arbeits-Ministerium hat den Gesetzentwurf über die in Aussicht gestellte einheitliche Bundesversorgung für Kriegsgopfer so weit fertiggestellt, daß am 3. 2. 1950 dieser Entwurf mit den Organisationen der Kriegsgopfer besprochen werden kann. Einmütig herrscht bei den Fraktionen die Auffassung, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes durch den Bundestag bzw. mit seinem Inkrafttreten vor Herbst 1950 nicht zu rechnen ist.

Die Regierung hat bei der Beratung des sogenannten Ueberbrückungsgesetzes die tatsächlichen Ausgaben für die Rentenversorgung mit 2,3 Milliarden Mark angegeben. Heute steht fest, daß die tatsächlichen Aus-

gaben für das Rechnungsjahr 1949 nur 1,942 Milliarden Mark betragen. Im Gegensatz hierzu hat das Bundesarbeitsministerium die Zahl der vorliegenden und noch un erledigten Anträge wesentlich zu niedrig angegeben. Es steht jetzt fest, daß Ende Dezember 1949 764.308 unerledigte Anträge vorgelegt haben. In der Folgezeit sind monatlich rund 87.000 neue Anträge hinzugekommen. Das Bundesarbeitsministerium rechnet damit, daß die Zahl der Rentenberechtigten auf 4 Millionen anwachsen wird. Im Bundesgebiet wächst die Empörung der Kriegsgopfer gegen das vom Bundestag verabschiedete sogenannte Gesetz zur Verbesserung von Leistungen an Kriegsgopfer ständig.

Den Fraktionen des Bundestages gehen täglich zahlreiche Protest-Resolutionen aus den Kreisen der mit Recht sich betrogen fühlenden Kriegsgopfer zu. Die Tatsache, daß die Regierung außerstande ist, das vollkommen ungenügende Ueberbrückungsgesetz zu ersetzen, muß die Kriegsgopfer dazu veranlassen, ihren Kampf gegen die Adenauer-Regierung um eine ausreichende Versorgung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu steigern. Eines dieser Mittel, die Regierung und die Parteien der Regierungskoalition zur Erfüllung der den Kriegsgopfern während der Wahl gemachten Versprechungen zu zwingen, ist die Durchführung des in zahllosen Entschließungen der Kriegsgopfer-Organisation zum Ausdruck gebrachten Willens, einen Protestmarsch nach Bonn durchzuführen.

Adenauer will Westberlin besuchen

Bonn. (Eig. Ber.) Dies gab der Minister zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands, Jakob Kaiser, vor der Bundespressekonferenz bekannt. Adenauer will sich damit offensichtlich höchst persönlich in dem von McCloy angekündigten Propaganda-Feldzug einschalten, der angeblich um gemeinsame Wahlen geführt wird, in Wirklichkeit aber ein Ablenkungsmanöver vor der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage der westdeutschen Bevölkerung sein soll.

Antwort auf dem Petersberg

Bonn. (Eig. Ber.) Das Antwort-Memorandum des Adenauer-Kabinetts an die Hohen Kommissare auf ihre Kritik an der Wirtschaftspolitik wurde am Dienstagabend überreicht. Ueber den Inhalt soll erst nach der Beratung mit der Hohen Kommission Näheres berichtet werden. Der Regierungssprecher gab außerdem bekannt, daß sich die Verhältnisse über die Stahllieferungen nach der Deutschen Demokratischen Republik nicht geändert haben. Dem Kabinett sei lediglich das Protokoll der Berliner Verhandlungen bekannt, über das es noch nicht beschlossen habe.

Frankfurt. (EB) Den Rückgang der Beschäftigungszahl in der Land- und Forstwirtschaft sowie bei den öffentlichen, privaten und häuslichen Diensten im letzten Jahr um 323.000 nennt der Januarbericht der Bank der deutschen Länder (BdL) kein Krisenmerkmal, sondern ein „Gesundungs-symptom“. Die Vertreter des deutschen Finanzkapitals sprechen also ganz offen aus, daß sie einen gewissen Grad der Arbeitslosigkeit ganz gerne sehen. Adenauer mußte sich letzthin im Bundestag ein wenig zieren, als ihm dieselbe Ansicht nachgesagt wurde.

Die BdL vertritt die Meinung, daß die Arbeitsbeschaffung für die zwei Millionen Erwerbslosen eine Steigerung der westdeutschen Produktion in Industrie, Bauwirtschaft und Handwerk um reichlich 50 v. H. voraussetze. Dabei müßte den Herren bekannt sein, daß gerade wegen der Abhängigkeit von den Besatzungsmächten der Produktionsstand einen Rückgang von 95 auf 89 des Standes von 1938 selbst nach amtlichen Zahlen aufweist. Die Bank hält eine Ausweitung des Geldumlaufes, eine Inflation also, nicht nur für unbedenklich, sondern sogar „für unerlässlich“. Ausgerechnet die Krisenzeichen der westdeutschen Wirtschaft, die sie im einzelnen anführt, werden als Begründung herangezogen.

Der Arbeitsminister des Adenauer-Kabinetts, Storch, betätigte sich auf einer CDU-Versammlung in Osnabrück erneut als Märchenzähler. Storch, der sich noch vor wenigen Monaten durch einen Stand der Arbeitslosigkeit von 1,6 Millionen nicht beunruhigt fühlte, verkündete zu Beginn des

Quacksalber geben Ratschläge

Bank deutscher Länder empfiehlt Inflation — Storch Wahlpropaganda

Wahlkampfes mit derselben Unbekümmertheit, die Arbeitslosenzahl sei bis zum Sommer auf die Hälfte verringert. Es ist wirklich ein Märchen, bei der Welttendenz zur Ueberproduktion an Stahl zu erwarten, daß ausgerechnet die USA und Großbritannien Herrn Storch eine Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf 14,5 Mill. t zugestehen werden. Von einer Verstärkung des Handels mit der Deutschen Demokratischen Republik und den Staaten im Osten, die wirklich zu haben ist, sprach Herr Storch kein Wort.

Manteuffel - Speidel - Stennes

Bonn. (Eig. Ber.) Um den Posten des Organisations des westdeutschen Kontingents in einer europäischen Armee bewerben sich bei Herrn Dr. Adenauer laufend Offiziere aller Klassen. Die aussichtsreichsten Bewerber sind der ehemalige Generalstabschef Komme's Generalleutnant Speidel, der sich durch seine kriegerischen Vorträge im Ausland schon wieder neuen „Ruhm“ schaffen will. Weiter der zum Vorstand der berichtigten „Bruderschaft“ gehörende General von Manteuffel und, wie jetzt bekannt wird, der ehemalige SA-Chef und Militärberater Tschiang Kai-Scheks Hauptmann Stennes. Wer von diesem „Triumphvirat“, die sämtlich schon an Adenauers Tür geklopft haben, das Rennen machen wird, ist noch nicht abzusehen. Dem als strengen Katholiken geltenden Speidel räumt man die meisten Chancen ein, aber auch für die anderen wird Herr Adenauer noch Verwendung finden.

Echo zum Goldrubel

Berlin. (EB) Der Beschluß des Ministerrats der UdSSR, die sowjetische Rubel-Währung auf Goldbasis umzustellen, hat in allen Hauptstädten stärkste Beachtung gefunden. Das Ereignis wird in der demokratischen Öffentlichkeit als ein „Bruch des Dollar-Monopols“ in den internationalen Handelsbeziehungen gewertet.

Auch in den westlichen Hauptstädten verheißt man sich nicht die weittragende Bedeutung der sowjetischen Maßnahme. Der nachhaltige Eindruck, den die zunehmende wirtschaftliche Ueberlegenheit der sozialistischen UdSSR durch diese Maßnahme hervorgerufen hat, wird noch verstärkt durch die neuen Preiserhöhungen in der Sowjetunion, die eine durchschnittliche 25prozentige Kaufkraftsteigerung des Rubels darstellen.

Bundesbahn wird verschachert

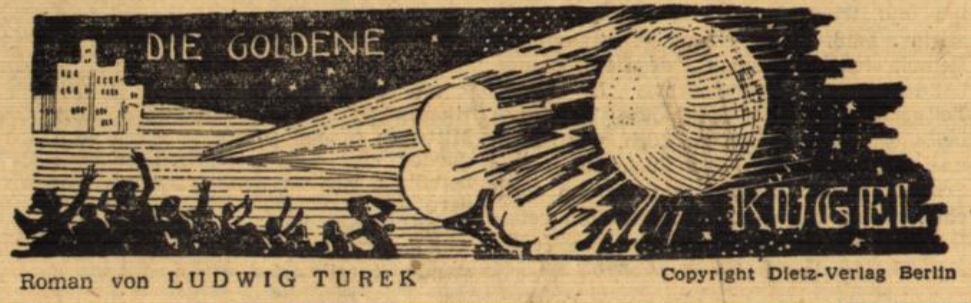
Ein von langer Hand vorbereiteter Plan

Offenbach. (EB) Daß die Ueberfrömdung der westdeutschen Wirtschaft mit ausländischem Kapital auf Wunsch des Kabinetts Adenauer selbst vor dem staatlichen Eigentum des deutschen Volkes, u. a. der Bundesbahn, nicht halt machen soll, müßten wir leider schon berichten. Die zur Zeit in Westdeutschland befindliche eifköpfige amerikanische Kommission, die aus Vertretern der größten amerikanischen Eisenbahn-Konzerne besteht, prüft die technischen Anlagen und die Rentabilität der deutschen Bundesbahn zwecks Verpachtung an die amerikanischen Eisenbahn-Konzerne. Die Entstehungsgeschichte dieses Verschacherungsplanes geht noch auf den ehemaligen Militärgouverneur Clay zurück. Der jetzige amerikanische Hochkommissar, McCloy, befahl auf Antrag von General Clay eine genaue Untersuchung der augenblicklichen Verhältnisse der Bundesbahn. Zum Leiter der amerikanischen Untersuchungskommission wurde auf Anregung General Clays Professor Homburg bestimmt. Homburg, der zur Zeit einen Lehrstuhl für Verkehrs-wesen in Washington inne hat, war vor 1933 Finanz-Direktor der deutschen Bundesbahn.

Er und andere amerikanische Gutachter sollen sich nicht nur mit der Bundesbahn, sondern mit dem gesamten Verkehrswesen Westdeutschlands befassen, so daß neben wirtschaftlichen auch strategische Hintergründe gemutmaßt werden können.

Das Adenauer-Kabinett hat gegen diese Methode keine grundsätzlichen Bedenken, möchte aber gerne gegenüber den europäischen Partnern des Marshallplans und den Mitgliedern des Atlantikpaktes das Gesicht wahren. Deshalb soll neben der amerikanischen noch eine zweite europäische Kommission unter Führung des Chefs des Schweizer Verkehrs-wesens, Cautier, und eines belgischen Verkehrs-Spezialisten Organisations-vorschläge und Finanzgutachten über die Bundesbahn ausarbeiten.

Diese Gruppe arbeitet eng mit den Marshallplan-Vertretungen in Frankfurt, Paris und Washington zusammen, um vor allem Marshallplan-Mittel für die Bundesbahn in Einsatz zu bringen. Sobald die Arbeiten dieser „europäischen“ Kommission abgeschlossen sind, sollen ihre Aufgaben ebenfalls von der amerikanischen Kommission mit übernommen werden.



Roman von LUDWIG TUREK Copyright Dietz-Verlag Berlin

sten Angriff gegen die Lüge zeigen wollen. Aber vorher müssen wir Sie noch mit unseren Freunden, den Ameisen, bekannt machen.“

Das gläserne Fahrzeug zog zur Kuppel der Goldenen Kugel hoch, wo in unzähligen Boxen die Ameisen untergebracht waren. Bramara nahm auch hier das Wort, und Sin stenografierte:

„Diese Tierchen sind uns unentbehrliche Helfer für alle möglichen Arbeiten. Sie können uns aber auch, wie Sie wissen, mit ihren scharfen, ätzenden Bißzangen vor Feinden schützen, die wir nicht mit Wassastrahlen beschießen möchten, weil sie nur bedingt schuldig sind.“

Sin wollte wissen, wie sich Mensch und Ameise verhielten.

„Wir besitzen in unserer Strahlungstechnik eine Brücke vom Verstand des Menschen zum Instinkt des Tieres u. vermögen-sielle Fähigkeit für unsere Zwecke zu lenken. Selbstverständlich geschieht auch das bei uns nach bestimmten sozialen Grundsätzen.“ Die Gäste betrachteten verwundert eine große Kolonne Ameisen, die mit dem Reinigen von kartoffelartigen Knollen beschäftigt waren.

„Wie Sie sehen“, sagte Bramara lächelnd, „ist trotz aller hochentwickelten Technik diese Art, Gemüse zu reinigen, immer noch die zuverlässigste und sparsamste geblieben. Beobachten Sie bitte genau, wie die Ameisen selbst die tiefsten Madengänge der Knolle reinigen und auch das kleinste Ungeziefer gewissenhaft herausheulen. Wir haben etwa hundert Milliarden dieser Tierchen in der Kugel.“

„Und wieviel Menschen haben Sie an Bord? Man sieht so wenig Menschen in der großen Kugel“, sagte Sin.

„Wir sind insgesamt siebenhundertzwanzig, wovon rund die Hälfte auf das technische Personal entfällt und der andere Teil wissenschaftliche Arbeiter sind.“

Die gläserne Kugel schwebte nun in sanfter Fahrt zum Empfangssaal zurück, wo man es sich in den Sesseln unter den herrlichen Fresken bequem machte. Rauchware wurde herübergereicht. Es waren kleine braune Ballen, die in langstielige Pfeifen gesteckt und

an frei in die Luft gezauberten Funken entzündet wurden. Auffallend für die Erdmenschen war die Wirkung des aromatischen Tabaks. Nach einigen Zügen schon zeigte sich eine wohltuende Müdigkeit, die allmählich in einen kurzen, erfrischenden Schlaf überging. Insbesondere der alte Willings war voll des Lobes für diese Art Tabak, zumal die Venusmenschen seine vollkommene Unschädlichkeit garantierten.

Nach der besinnlichen und erholenden Rauchpause nahmen die Venusmenschen wieder ihre Plätze neben den Gästen ein.

Upton Britten, der über die auszugswiese Herausgabe seiner Werke, die seit einiger Zeit in den USA verboten waren, bereits gehortet hatte, empfing den Dichter des Nachbarplaneten besonders herzlich:

„Lieber Umiuri, Sie bläuen gar nicht, wie ich hier bei Ihnen gerädert werde. Wenn Sie nicht unverzüglich mit dem angekündigten ersten Angriff gegen die Lüge beginnen, platze ich noch vor Ungeduld.“

Der Mann mit dem roten Feuerbart in dem schmalen braunen Gesicht lächelte, und seine klugen Augen wurden groß:

„Ach, ich dachte, nur Schakale und Hyänen sind nervös, aber nun muß ich sehen, auch Dichter werden bei Ihnen von dieser Krankheit befallen.“

Britten legte die hohe Stirn in Falten.

„Wir sind leider die Domppteure dieses Raubgesindels, und ihre schmerige Krallen haben auch unsere Haut geritzt.“

Umiuri wurde nachdenklich. „Doch, ich verstehe Ihre Ungeduld. In Ihrem Roman ‚Dollarfieber‘ haben Sie Behauptungen aufgestellt, die für so manchen Schwerbelebten noch der Bestätigung bedürfen. Auf dieses Zertifikat und darauf, wie weit es Ihren Thesen entspricht, sind Sie gespannt.“

Britten nickte und stellte die Frage: „Ist es sicher, daß die Stimme der Goldenen Kugel über den ganzen Erdball gehört wird?“

„Wir haben die Gewähr durch die Psychokontrolle. Auf unsere Einladung an Sie reagierte in Melbourne in Australien eine Bibliothekarin folgendermaßen: ‚Gut, daß Upton Britten dabei ist!‘ Unsere Sendungen gehen in allen Funksprachen um die Erde.

Die Uebersetzungen werden mechanisch besorgt. In einigen Sprachen senden wir zu verschiedenen Tageszeiten doppelt, weil wir die Menschen auf der anderen Erdhälfte nicht im Schlafe stören möchten. Heute jedoch, für diese erste Sendung, machen wir eine Ausnahme.“

Umiuri hob bedeutungsvoll den Zeigefinger, legte sich bequem im Sessel zurecht und sagte leise: „Wir fangen an!“

Upton Britten bekam ein freudiges Schreck, zog seine langen Beine gegen den Leib, setzte die Ellenbogen vorsichtig auf die Knie und legte den eisgrauen Kopf in die Hände.

Von irgendwoher kam eine Stimme. Ihr Quellpunkt war nicht festzustellen, sie schien allgegenwärtig:

„Achtung! Achtung! Hier spricht die Goldene Kugel! Liebe Erdmenschen! Wir senden Euch jetzt Gedanken einiger in Politik und Wirtschaft führender Männer. Unsere Sendung betrifft nicht das, was Euch solche Männer sonst zur allgemeinen Kenntnismahme übriglassen, um Absichten und Pläne zu verbergen, sondern ihre geheimen wirklichen Gedanken. Wir werden schweren Anstoß erregen, aber das kümmert uns nicht.“

„Wir wollen Euch jetzt beweisen, wie dicht das furchtbare Verhängnis des Krieges schon über Euren Häuptern schwebte.“

Achtung! Wir bringen Gedanken des Vorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke (Bethlehem Steel Company), Robert Sheffield, gedacht in der Nacht des 2. August um 1 Uhr:

„Wenn es, wie alle aufgefundenen Meteorite beweisen, keine neuen Elemente im Kosmos gibt, dann kann auch diese Kugel keine Stoffe enthalten, die wir nicht verwenden könnten. Gleichgültig, was die Kerle immer mitbringen, es wird eine Menge Dinge geben, aus denen wir Gewinn schlagen können.“

Aufpassen heißt es natürlich, man muß absolut der erste sein. Diesmal soll es entscheidend gelingen, Boalsborgh an die Wand zu drücken. Nur jetzt nicht knauern.

Ein Zeichen „christlicher Nächstenliebe“

Leutershausen. -qu- Seit dem Jahre 1947 sucht Frau K. schon um die Pensions-Ansprüche ihres Mannes, eines ehemaligen Polizeibeamten nach. Der Antrag wurde von ihr seinerzeit bei der Gemeindeverwaltung eingereicht. Nach 6 Monaten machte sie erstmalig auf Grund berechtigter Zweifel den schüchternen Versuch sich nach dem Gang der Dinge zu erkundigen und mußte erleben, daß ihr Antrag noch unbearbeitet in der Schublade ruhte.

Aber auch seither hat sich bis auf den heutigen Tag so viel wie nichts getan. Die Verhältnisse der Frau sind ausgesprochen ärmlich. Sie ist bereits seit einem dreiviertel Jahr krank und in ärztlicher Behandlung. Mit ihr leben ihre 3 minderjährigen Kinder von ein paar Hungerroschen. Da sie nun auf Grund dieser Notlage einmal nicht in der Lage war, ihre Stromrechnung pünktlich zu bezahlen, stellte ihr die Gemeinde in der vergangenen Woche einfach den Strom ab. Angeordnet wurde diese Maßnahme von dem CDU-Bürgermeister Kunkel, der bei der letzten Wahl die Bevölkerung von Leutershausen mit allerlei sozialen Versprechungen eingeseift hatte.

Die Kommunistische Partei von Leutershausen fragt bei dieser Gelegenheit Bürgermeister Kunkel, woran es liegt, daß man die Pensionsansprüche des kleinen Polizeibeamten so verschleppt, wo doch ehemalige Nazibeamte bestimmt nicht nahezu drei Jahre auf ihre Pension zu warten brauchen. Was dachte sich weiterhin Bürgermeister Kunkel dabei, als er einer kranken Frau den Strom abstellte? Sehen so seine Werke christlicher Nächstenliebe aus?

Die Bevölkerung von Leutershausen tut gut daran, wenn sie sich die Amtshandlungen ihres CDU-Bürgermeisters von Zeit zu Zeit einmal näher betrachtet.

Auch Eisenbahner lehnen Sondersteuer ab

Eine alte Ungerechtigkeit soll beseitigt und eine neue eingeführt werden

Auch Eisenbahner lehnen Sondersteuer ab. Heidelberg. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands veranstaltete am 24. 2. 1950 eine Kundgebung, in der zur Frage der Einführung der 45 Stunden-Woche, dem Fortfall der 6prozentigen Gehaltskürzung aus der Brüningschen Notverordnung und der geplanten Sondersteuer von 3 Prozent für alle versorgungsberechtigten Beamten, Arbeiter und Angestellten Stellung genommen wurde.

Der Bevollmächtigte der Gewerkschaft der Eisenbahner, Franz Böning, gab einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage bei der Eisenbahn. Es sei nicht die Schuld der Gewerkschaft oder der breiten Masse der Bediensteten der Eisenbahn, daß krisenhaft Entwicklungen immer wieder das ganze Unternehmen erschütterten.

Um zu gesunden Verhältnissen zu kommen, sei es falsch, immer wieder durch Entlassungen, Kurzarbeit, Verschlechterung der sozialen Rechte oder Sondersteuermaßnahmen für die Bediensteten der Eisenbahn, ständige Beunruhigung in die Reihen der Beschäftigten zu tragen. Es müsse endlich der Forderung der Eisenbahner Rechnung getragen werden, daß eine ausreichende Kreditgewährung zur Beseitigung der Kriegschäden, eine Reform des Verwaltungsapparates, eine Koordinierung der drei Verkehrsträger Eisenbahn, Schifffahrt und des privaten Güter- und Personenverkehrs, sowie Steuergerechtigkeit unter Wegfall der politischen Lasten der Bundesbahn, erfolge. Ferner sei angesichts einer Erwerbslosen-ziffer von über 2 Millionen, eine Kürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Einführung der 45 Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich eine weitere wichtige gewerkschaftliche Forderung.

Abschließend nahm die von mehreren hundert Beamten, Angestellten und Arbeitern besuchte Versammlung folgende Entschliebung an den Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner an:

Die Arbeiter, Beamten und Angestellten der Bundesbahn in Heidelberg haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß der Bundesfinanzminister dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen einheitlichen Regelung der Versorgung der verdrängten Beamten und ihren Hinterbliebenen, sowie über eine Abgabe der öffentlichen Bediensteten mit Versorgungsrecht und den Wegfall der 6prozentigen Gehaltskürzung, zuzuleiten beabsichtigt. Die Annahme dieses Gesetzentwurfes würde, bedeu-

Opfern für den Wiederaufbau des Unternehmens bereit waren.

Die Versammelten ersuchen deshalb den Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, alles zu tun, um zu erreichen, daß dieser geplante Gesetzentwurf zurückgenommen wird.

Die vorgenommene Abstimmung ergab, daß ihr alle Anwesenden einmütig beigetreten waren.

SA-Banditen des Herweck-Bades vor Gericht

Wie der SA-Sturm 45/171 im Herweck-Bad „auftrium“ — Befehl schützt nicht vor Verantwortung

Mannheim. -qu- Am Donnerstag verurteilte die Große Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Silberstein den ehemaligen SA-Sturmführer Adam Holfelder wegen schweren Landfriedensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von 14 Monaten.

Zackig stand der Angeklagte — er ist kein Unbekannter in Mannheim — vor dem Richter und erzählte in militärisch abgehackten Sätzen seinen Lebenslauf. Schon mit 17 Jahren trat der heute 40-Jährige im Jahre 1936 in die SA und damit in die Partei ein. Als „alter Kämpfer“ wurde er 1933 beim Arbeitsamt Mannheim eingestellt und damit begann seine eigentliche Karriere im Nazistat. Er brachte es bis zum hauptamtlichen SA-Sturmführer. Als er 1938 promoviert worden war, heiratete er zum zweiten Mal. Seine Kinder erhielten die verdächtigen Namen Axel und Hermann. Während des Krieges kam er an wenig gefährdeten Stellen der Front sehr gut weg. 1945 organisierte er in Offenbach den Volkssturm und wurde im April stellvertretender Kampfkommandant der Stadt. Auf seiner Initiative hin bekamen noch viele ältere Männer Waffen in die Hand gedrückt und gerieten so in langjährige Gefangenschaft.

Im Juni des Jahres 1945 kam es nach beendeten „Streicher-Stürmer“-Methoden zu der bekannten „Meldeliste“ im Rheinhard Herweck im Rahmen der Boykottierung jüdischer Geschäfte. Holfelder war damals Sturmführer des SA-Sturms 45/171, der aus 18-23jährigen Radebrüdern bestand. Von der Standarte kam der Befehl, die „dauernden Beschäftigten der Deutschen durch Juden“ im Bad abzustellen. Man wollte nur den Auftrag der Bildung eines Sprechchors und des Absingens antisionistischer Lieder bekommen haben, da die Aktion nur als Abschreckungsmittel dienen sollte. Bei einer Unterbesprechung erklärte sich der inzwischen zu 8 Monaten Gefängnis verurteilte Truppführer und ehemalige aktive Opfer Balles bereit, die Sache zu „schaubeln“. Balles ist als berüchtigtter Nazischläger und sein Trupp als Schlägertrupp aus der Nazizeit bekannt.

An dem bewußten Samstag-Nachmittag trat sich die Schlägergarde in Zivil vor dem Bad. Die eine Hälfte blieb außerhalb des Bades und markierte die „empöerte Volksmenge“ während die andere mit Radai ins Bad stürmten. Sofort wurde das Telefon besetzt, damit jegliche Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten war. Balles betätigte die große Glocke und die anderen schleiften zunächst einmal Kinder und Erwachsene aus den Kabinen über den Boden. Ein Sprecher brüllte: „Der Rhein muß durchschießen...“ und „Raus mit den Juden...“ Juden wurden mit Stuhlbeinen bearbeitet, Kinder schrien und im Bad-Café wurden die Tischdecken heruntergezogen und zahlreiches Porzellan flog den jüdischen Badegästen an den Kopf.

Holfelder will an diesem Tag nur ins Bad gegangen sein, „damit dort nichts passiert“. Außerdem habe er ein Abonnement besessen. Auch Balles steht heute nach wie vor auf dem Standpunkt: „Ich habe nur durch die Türe geschaut und bin dann nach Hause gegangen.“

Vor Gericht unterhielten sich die Beiden als „alte Kameraden“ darüber, wer nun eigentlich den Befehl gegeben hatte. Balles behauptete Holfelder sei der spiritus rector gewesen und Letzterer versteifte sich nach dieser Methode auf seinen Vorgesetzten, der aber davon auch nichts wissen will. Doch das Gericht ließ den Punkt der Befehlsausgabe nicht als springenden Punkt und verurteilte den Angeklagten zu 14 Monaten Gefängnis.

Todesstrafen in Ravensbrück beantragt

Kastatt. (dpa) Im Prozeß vor dem französischen Militärtribunal in Kastatt beantragte der Staatsanwalt am Dienstag die Todesstrafe für den ehemaligen Kommandanten des Konzentrationslagers Ravensbrück, SS-Sturmbannführer Fritz Schulz und den ehemaligen Arbeitsinspektor, SS-Oberscharführer Hans Pfäufel.

Der Staatsanwalt machte Schulz als Kommandant für alle Verbrechen in dem Lager verantwortlich. Er war hundert Frauen seien unter seiner Mitwirkung erschossen worden. Schulz habe die Listen für den Transport der Deportierten zu den Gas-kammern mit unterschrieben. Er sei auch für den Tod vieler Deportierter durch Spitzens, Giftgas und eigenmächtige Herabsetzung von Lebensmittelmengen verantwortlich. Schulz habe bei seinem Dienstgrad kein Recht, sich auf Befehle oder Geheißer zu berufen, weil er nach dem Militärstrafrecht verbrecherische Befehle habe ablehnen müssen.

Münchener Stadtrat Isaac Koppes Entnazifizierungskanz.

München. (dwb) Der Münchener Stadtrat beschloß am Dienstag, das Rationalisierungsbüro der Stadtverwaltung mit der Überprüfung des Baureferates zu beauf-

Hochschulgruppe der FDJ

Heidelberg. Die Hochschulgruppe der Freien Deutschen Jugend der Universität Heidelberg begrüßt den Entschluß des Exekutivkomitees des Internationalen Studentenkongresses, den zweiten Weltstudenten-Kongress im August 1950 in Prag zusammen mit dem 3 Millionen Studenten des ISB durchzuführen.

Die Freie Deutsche Jugend, Kreis Heidelberg, protestiert auf das schärfste gegen die Beschließung fortschrittlicher Parteiorganisation im Parteibüro der KPD Essen und wird alle ihre Kräfte dagegen auf den Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin einsetzen.

Im Betrieb: nach Berlin! Auf dem Land: nach Berlin! Ueberall: nach Berlin!

ten, daß zwar die ungerechtfertigte Aufrechterhaltung der Gehaltskürzung von 6 Prozent bei den Beamten der Eisenbahn im Wegfall kommt, daß aber allen Bediensteten, Arbeitern wie Beamten, eine neue Sondersteuer von 3 Prozent aufgebürdet würde.

Bei dem bescheidenen Einkommen, das der Großteil der Bediensteten der Eisenbahn bezieht, erklären die Versammelten, daß dies eine neue ungerechtfertigte und untragbare Belastung für sie darstelle.

Gerade die Bediensteten der Bundesbahn haben in den vergangenen Jahren am Wiederaufbau derselben mehr als ihre Pflicht getan und haben gezeigt, daß sie zu allen

Generalversammlung der Lederarbeiter Weinheim

Weg mit dem Refa-System — Neue Tarifverträge nötig — Eintreten für den Frieden

Weinheim. In Weinheim fand die diesjährige Generalversammlung des Industrieverbandes Leder, Ortsausschuß Weinheim, statt. Sie wies eine hohe Besucherzahl auf.

Nach der eingangs erfolgten Totenehrung ergriff der Sekretär des Ortsausschusses Weinheim das Wort und ermahnte unter anderem die erschienenen Kollegen zu noch gesteigerter Aktivität im Sinne einer unermüdbaren Gewerkschaftsarbeit, die vor allem auch darin münden müsse, den letzten noch Außenstehenden gewerkschaftlich zu organisieren. Besonders bei den Angestellten der Lederindustrie sind bedauerlicherweise nur 20 Prozent organisiert.

Nach dem Geschäftsbericht wies der 1. Vorsitzende Guldnor auf die drohende Kriegsgefahr hin und erklärte: „Wenn die Arbeiterschaft einig ist und es will, gibt es keinen Krieg, dazu gehört allerdings aktives Eintreten für den Frieden.“

Anschließend folgte eine ausführliche Diskussion. Wie ein roter Faden zog sich durch die Ausführungen aller Diskussions-

redner der Angriff gegen das neue Akkord-Refasystem, das als „Mordsystem“ bezeichnet wurde, das den Menschen versklave. Bemängelt wurde u. a. auch die geringen Ausgaben des DGB für die Jugendbewegung, die volle finanzielle Unterstützung erhalten müsse. Scharf wurde die Haltung einzelner Kollegen gerügt, die nach einer neu getätigten Akkordregelung anderntags schon wieder Mehrarbeit leisten.

Der Kollege Ludwig Bäuerle berichtete dann über die im letzten Jahr stattgefundenen Lohnbewegungen. Er sagte dabei, daß Richard Freudenberg in einer Besprechung der Lohnfrage erklärt habe, daß wir lohnpolitisch in Weinheim auf einer Insel leben. Das heißt soviel, daß Herr Freudenberg in der nächsten Zeit einen Angriff auf die Löhne in Weinheim machen will. Zu gleicher Zeit versucht derselbe Unternehmer die Arbeiter weiter zu schröpfen, indem er den von den Weinheimer Lederarbeitern abgelehnten Vorschlag wieder hervorholt, jeder Arbeiter soll in der Woche

1 DM oder 50 Pfg. sich abziehen lassen zur Beschäftigung der Arbeitslosen. Hier sei nochmals in aller Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß dies eine Angelegenheit der Staatsführung und nicht Sache der Arbeiter ist, denen der Lohn heute bei weitem nicht zum Leben reicht. Hier kann es von Anfang an nur eine eindeutige Ablehnung geben.

Weiter wurde betont, daß mit dem Akkordsystem großer Mißbrauch in der Lederindustrie betrieben wird. Im Schlußwort sprach der Vorsitzende Guldnor davon, daß dem Ausbau der Bibliothek zusammen mit dem Ortsausschuß mehr Beachtung geschenkt werden soll, daß die Ferienreisen besser ausgebaut werden, daß auch in den Verbänden Jugendgruppen geschaffen werden müßten.

Die vorzüglichsten Aufgaben seien: Neue Tarifverträge schaffen, die Jugend besser erfassen und schulen, den Lebensstandard bessern und sichern, die Kriegsgefahr bannen. Es erfolgte dann die Wahl des Vorstandes und die Wahl der Delegierten zum Ortsausschuß.

Was diese Hauptversammlung so interessant und wertvoll machte, waren: 1. Die stetig wachsende Zahl der Besucher, die dieses Jahr das doppelte vom letzten Jahr betrug. 2. Die außergewöhnlich große Anzahl der Jugendlichen, die sich auch lebhaft an der Diskussion beteiligten, und 3. das steigende Interesse an der Diskussion.

Den stärksten Beifall erhielt ein Redner, der die Arbeiter ermahnte, auf der Hut zu sein und den Kriegstreibern auf die Finger zu sehen.

Morphium aus Gries und Kreide Singen. Ein 17-jähriger Kochlehrling, der anscheinend dringend D.-Mark benötigte, kam auf den nicht alltäglichen Einfall, Rauschgift aus Gries, Kreide und grünem Farbstoff zu fabrizieren. Das „Morphium“ wollte er pro Kilo zu 2500 DM verkaufen, doch dabei wurde er ertappt und wandert nun für 14 Tage in Jugendarrest.

Damenschneider gehen einen falschen Weg

Mannheim. -qu- In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschäftigte sich die Damenschneiderinnung im Rosengarten mit der Erziehungsbeihilfe für Lehrlinge.

Die Ausführungen von Obermeister Steinkuhle bestätigten das bedauerlicherweise gespannte Verhältnis zwischen Handwerk und Gewerkschaft. Zunächst meinte er, daß die Erziehungsbeihilfe für die Damenschneider überhaupt viel zu hoch sei und besonders für Frauenberufe niedrigere Sätze angebracht wären als für männliche Berufe. Lehrlinge würden sich nicht rentieren und seien nur ein Kostenfaktor. Wenig Rücksicht sei durch die Verordnung 1056 auf die Struktur des Damenschneider-Handwerks genommen worden, zudem hätte niemand den Wunsch nach Erhöhung der Erziehungsbeihilfe geäußert. Die Damenschneider-Innung würde die Verordnung 1056 nicht anerkennen, da sie keine Rechtsgültigkeit besitzt und diktiert worden sei. Den Gewerkschaften machte er den Vorwurf, sie seien im Rahmen der Jugendschutzwoche zu heftig gewesen und würden die Jugend bewußt aufputschen und zum Haß gegen das Handwerk erziehen. Trotzdem warnte er einsichtsvoll davor, die Erziehungsbeihilfe nicht zu bezahlen, da wenig Aussicht auf Erfolg bestehen würde, wenn es vor den Arbeitsgerichten hart auf hart ginge. Bedenklich sei die Zahl von augenblicklich 1000 arbeitssuchenden Mädchen, die sich bei der Schulentlassung auf 4500 erhöhen würde.

Die Damenschneider-Innung befindet sich nicht nur im Irrtum, sondern sie geht auch vollkommen falschen Weg. Zunächst dürfte bekannt sein, daß die Erziehungsbeihilfe für Damenschneiderinnen vor kurzem leider herabgesetzt wurde, daß die weiblichen Lehrlinge dasselbe leisten wie ihre männlichen Kollegen und daß die Ergebnisse der von den Gewerkschaften gestarteten Fragebogenaktion eine andere Meinung widerspiegeln, als sie der Obermeister hat.

Nicht gegen die Lehrlinge und Gewerkschaften, sondern mit ihnen und allen Schaffenden sollten die Handwerker für eine bessere Lebensgestaltung arbeiten, denn auch das Handwerk leidet unter dem wirtschaftlichen Druck des Marshallplans, der vor allen Dingen auch die Existenz des Handwerks gefährdet. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß nicht die Erhöhung der Erziehungsbeihilfen an der wirtschaftlichen Not des Handwerks schuld sind.

Es ist anzunehmen, daß sich die Gewerkschaften in den nächsten Tagen in einer öffentlichen Stellungnahme mit der Mitgliederversammlung der Damenschneider-Innung beschäftigen.

Fritz Kortner spielte Strindberg

Gastspiel der Neuen Bühne Zürich im Nationaltheater

Mannheim. Kaum ein Künstler hat wohl in der kurzen Spanne eines Menschenlebens das „Drama zwischen Welt und Ich“ stärker und schmerzhafter erlebt, als der schwedische Dramatiker und Wissenschaftler August Strindberg. Kleinbürgerlicher Abstammung und hineingestellt in die Epoche, da der Kapitalismus um die Jahrhundertwende sich zum Imperialismus heutiger Prägung entwickelte, verfiel der Außenseiter der bürgerlichen Gesellschaft, der diese Gesellschaft, ihre brüchige Moral, ihre Heuchelei und Bigotterie ehrlich verabscheute, in einen fast krankhaften Haß gegen die Frau als Gattungswesen. Und dies, nachdem er begonnen hatte, tatsächlich im Drama ein neues Wort zu sagen, z. B. in den schwedischen Königsdramen, und nachdem er den bisher besten Künstlerroman geschrieben hatte, „Das rote Zimmer“.

Der „Antagonismus der Geschlechter“, von Kleist in seiner „Penthesilea“ schon künstlerisch geformt, wurde nach drei unglücklichen Ehen August Strindbergs, in tragischer Verkennung der Frau, das Thema seiner dichterischen Produktion, welches im „Totentanz“ den stärksten und erschütterndsten Ausdruck fand. So sind fast alle seine Dramen, in welchen die Ehegatten, wie Sträuflinge aneinandergekettet, durch das Leben gehen, ein mit zerrissenem Herzen geschriebener Protest gegen die Frau, gegen ihre Emenzipationsbestrebungen, ein Selbst-Zerfleischen in der Ehe, im Kampf um das „männliche Primat“, sind Bekenntnisse und eine tragische Donquixotterie. Strindberg starb 1912 im Verfolgungswahn, nachdem er außer seiner literarischen Produktion ein in der wissenschaftlichen Welt viel be-

achtetes Werk über das Nervensystem der Fische geschrieben hatte.

Fritz Kortner kam mit „Der Vater“. Wer diesen Menschen darstellte, den das Dritte Reich in die Emigration trieb, früher schon erlebt hat, und nun den ergrauten Sechziger wiedersah, konnte feststellen, daß er zwar an Virtualität eingebüßt hat, aber seine Kunst bis zu einem Grade verinnerlicht, der ihn als Schauspieler, obwohl im Grunde wesenverschieden, durchaus an die Seite Bassermanns stellt. Ein verinnerlichter Mensch hat viel zu geben, und der qualvolle Prozeß des seelischen Absterbens eines hochstehenden Menschen, der durch seine Umwelt in den Verfolgungswahn hineingehetzt wird, machte Kortners Kunst auch dem einfachsten Menschen transparent und diesen Abend zu einem Genuß!

Neben Kortner ragten aus diesem durchaus überdurchschnittlichen Ensemble Maria Wimmer, die ein echtes Strindberg-Weib spielte, Wolfgang Lukschy als Arzt und Kurt Haars als Pastor heraus. Als der Vorhang fiel, herrschte zunächst tiefes Schweigen, die höchste Anerkennung wohl, die ein ergriffenes Publikum Dichter und Darstellern zollen kann. Dann brach der Beifall los, und die Bravourrufe für Kortner wollten kein Ende nehmen.

Franz Mohr.

Wildschneijagd ohne Pulver

Tauberbischofsheim. (Lwb.) Eine Firma in Hundheim hat jetzt ein neuartiges Fanggerät für Wildschweine herausgebracht. Bei dem neuen Gerät wird das Wild nicht ver-

An alle meine Gäste und Freunde!

Auf diesem Wege teile ich allen meinen Gästen und Bekannten mit, daß ich gegen die Zeitschrift „Badische Illustrierte“ beim Landgericht — Zivilkammer — Mannheim, Klage wegen Unterlassung, hier einstweilige Verfügung, erhoben habe.

In ihrer in Fortsetzungen erscheinenden Artikel-Serie „Wer fuhr den grauen Ford“ hat diese Zeitschrift unrichtige und ehrenrürige Veröffentlichungen oder Abbildungen über das mir gehörige Lokal „Zum Vergißmeinnicht“ in Mannheim, Riedfeldstraße 37, verbreitet, welche geeignet sind, mein gutes Ansehen und den Ruf meiner Gastwirtschaft herabzusetzen.

Es ist mir eine Selbstverständlichkeit, gegen diese Veröffentlichung, welche nicht nur meine Ehre schwer kränken, sondern auch wirtschaftliche Nachteile mit sich erbringen könnten, mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Desgleichen benütze ich diese Gelegenheit, um bekannt zu machen, daß ich gegen jede Person gerichtliche vorgehen werde, welche über mich oder meine Angehörigen unwahre und verleumderische Behauptungen verbreitet.

Meinen Gästen und Freunden im Kundenkreis, versichere ich, daß im Lokal „Zum Vergißmeinnicht“ nach wie vor ein gemütlicher Aufenthalt geboten wird.

Frau Maria Wagner

Wirtin

D-Zug-Messe

in Mannheim vom 1. - 5. März

Wollst du keine Boden haben? Nimm nur **Logo** mit dem Raben.

in MÄNNERSCHUTZ, 2 Dtz. nur 5 DM. Diskret p. Nachn. Frenzel, Heidelberg, 489/10

Alle aus Weisemehl

hergestellten Teigwaren wie:

Makkaroni, Spaghetti, Gemiscendeln usw.	500 g DM -.45
Vanillinzucker 4 Beutel	-.18
Grünlinsen, gemahlen	500 g DM -.44
Gekochte Schinken	100 g DM -.58
Margarine	500 g DM 1.22 u. 1.08
Handkäse	Stück DM -.07

Schreiber

GEGR. 1850

AN unsere INSERENTEN!

Der überwiegende Teil, der während der Nazizeit zu Unrecht Inhaftierten, sowie Tausende derjenigen, die eine „Soforthilfe“ erhalten, sind Leser unserer Zeitung.

Sie werden als Anspruchsberechtigte der Wiedergutmachung bei ihren Einkäufen sorgfältig prüfen, welchem Kaufmann sie ihr Vertrauen schenken.

Selbstverständlich werden dabei in erster Linie unsere Inserenten berücksichtigt.

Kurz notiert

Wieder Zusammenstoß zwischen amerikanischem und deutschem Wagen
Heidelberg. In letzter Zeit vermehrt sich beträchtlich die Zahl der Zusammenstöße zwischen amerikanischen und deutschen Fahrzeugen. Auch am Dienstagmorgen stieß an der Czerny-Brücke ein aus Eberbach kommender deutscher Personen-Kraftwagen auf einen amerikanischen Jeep, der gehalten hatte und plötzlich rückwärts stieß, um zu wenden, ohne sich aber vorher davon überzeugt zu haben, daß die Straße frei ist. Es entstand glücklicherweise nur Sachschaden.

Amerikanischer Soldat war gewaltsam in deutsche Wohnung eingedrungen
Heidelberg. (Lwb) Ein amerikanisches Militärgericht in Heidelberg verurteilte am Montag den amerikanischen Soldaten Eugene T. Nantye wegen unrechtmäßigen Eindringens in die Wohnung einer Deutschen, zu drei Monaten Haft. Ferner werden dem Angeklagten für die Dauer von drei Monaten je 50 Dollar von der Löhnung einbehalten.

Der Soldat war am 14. Februar in die Wohnung einer Deutschen in Heidelberg eingedrungen, nachdem er eine Glas-Heiße der Haustür eingeschlagen hatte.

Schützt Haustiere vor Gift
Karlsruhe. Um das qualvolle Sterben durch Rattengift bei Haustieren zu vermeiden, bitten wir, verordnungsgemäß das Gift nur an für Haustiere unerreichbare Stellen zu legen.

Tierschutzverein Karlsruhe

Ausbildungskurs für erste Hilfe
Heidelberg. Am Dienstag, den 7. März 1950, beginnt um 19.30 Uhr in dem großen Hörsaal der Anatomie Heidelberg (Eingang Brunnenanlage) für Jugendliche ein kostenloser Ausbildungskurs in erster Hilfe. Alle Jugendlichen ab 13 Jahren können sich hierzu melden und zwar bei Jugend-Rotkreuz, Kreisgeschäftsstelle Heidelberg, Rohrbachstraße 42, oder Jungsekretariat Heidelberg („Prinz Carl“) bis 5. März 1950. Leitender Arzt dieses Kurses ist Dr. med. Hormuth.

UMSCHAU IM LANDE

Ob sie daraus die richtige Lehre ziehen?
Meersburg. (lwb) In sein Fabrikant aus Brasilien und suchen eine Frau aus Germany“ erzählte dieser Tage in einem Hotel in Meersburg ein von mehreren Mädchen umschwärmter Kavaller. Er trank mit den Damen eine Flasche Sekt nach der anderen, bis ihn in später Abendstunde ein Polizeibeamter zum Aufbruch mahnte. Das ließ sich der Südamerikaner nicht zweimal sagen. Er war im Nu verschwunden, vergaß dabei jedoch, seine Zeche zu begleichen. Die Verehrerinnen mußten zusammenlegen und 253 DM zahlen.

Währungsreformgewinnler?
Heidenheim. (lwb) Bei der Prüfung einer Zigarrenfirma in Heidenheim durch die zuständige Zollbehörde hat sich der Verdacht ergeben, daß die Firma bei der Währungsreform umfangreiche Zigarrenbestände nicht angemeldet und dadurch etwa 300 000 DM Tabaksteuer unterschlagen hat. Nach Mitteilung der Zollfahndung ist bereits ein Verfahren eingeleitet worden.

Bruchsal gedenkt seiner Toten
Bruchsal. (lwb) Die Stadtverwaltung und die Bevölkerung von Bruchsal gedachten am Mittwoch in einer Gedenkfeyer der Einwohner, die bei dem Fliegerangriff auf Bruchsal am 1. März 1945 ums Leben gekommen sind.

„Heimliche“ Demokratie
Sinsheim. (lwb) Etwa die Hälfte aller Gemeinderatssitzungen, die in vergangenen Jahren in den Gemeinden des Landkreises Sinsheim abgehalten worden sind, waren nicht öffentlich.

Getreidesilo geht der Vollendung entgegen
Karlsruhe. (lwb) Das Karlsruher Getreidesilo geht nach siebenmonatiger Arbeit seiner Vollendung entgegen. Das nach der Suka-Silobauweise erstellte Gebäude ist mit einem Fassungsvermögen von 15 000 Tonnen und mit einer Höhe von 48 Metern eines der größten Silos in Westdeutschland. Nach der endgültigen Fertigstellung werden

Mannheim. (Lwb) Im Messezug der württembergisch-badischen Messegesellschaft wurde am Mittwoch in Mannheim eine neue Ausstellung eröffnet. Am 25. März wird der Zug von Mannheim über Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Bonn, Köln, Wuppertal, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Bochum nach Dortmund fahren.

Gisela aus Mannheim gesucht
Mannheim. In einer in Frankfurt/Main anhängigen dreifachen Raubmordsache wird als wichtige Zeugin ein Mädchen aus Mannheim gesucht. Dasselbe ist jedoch nur unter dem Vornamen Gisela bekannt und soll 21 bis 23 Jahre alt sein. Die Gisela war im November 1947 mit einem gewissen Albert Balinsky, Spitzname „schwarzer Albert“ näher befreundet. Der Bruder der Gisela soll im Sicherheitsdienst an der Rheinbrücke gewesen sein. Es wird auf die ausgesetzte Belohnung von 3000 DM aufmerksam gemacht. Mitteilungen, die streng vertraulich behandelt werden, werden an den Leiter der Kriminalpolizei Mannheim, L 6, 1, Zimmer 87, Telefon 450 31, Apparat 8210, erbeten.

Amerikaner tobt, weil Alkohol verweigert
Mannheim. In einem Lokal in Seckenheim erschien ein amerikanischer Soldat,

Mit alter Munition gespielt - ein Auge verloren
 Unfälle der letzten Tage im nordbadischen Land

Göppingen. (lwb) In Wiesensteig im Tale warfen spielende Kinder eine Patronenhülse, von der sie zuvor das Geschloß entfernt hatten, ins Feuer. Bei der Explosion der Hülse wurde einem fünfzehnjährigen Jungen ein Stück Holz ins Auge geschleudert. Das Auge mußte durch eine Operation entfernt werden.

Mit Starkstromleitung in Berührung gekommen
Buchen. (lwb) Ein 25-jähriger Landwirt aus Marbach kam dieser Tage beim Bestellen eines Starkstromgittermastes mit der Leitung in Berührung. Der Mann erlitt erhebliche Verbrennungen und stürzte aus etwa sieben Meter Höhe ab. Er wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

Weil die Steuerung versagte
Heidelberg. Durch einen plötzlich auftretenden Motorschaden verlor ein aus Weinheim kommender Lastkraftwagenfahrer die Herrschaft über sein Fahrzeug, fuhr auf einen Gehweg, wobei er einen Baum streifte und dadurch zum Stehen kam. Der Wagen wurde erheblich beschädigt.

Die ständigen Verkehrsunfälle
Karlsruhe. Auf der Kaiserstraße stieß ein Radfahrer beim Einbiegen nach links mit einem entgegenkommenden Radfahrer zusammen. Dieser stürzte und erlitt eine Kopfverletzung.

Unfall beim Rodeln
Heidelberg. Ein siebenjähriges Mädchen brach beim Rodeln an den Wasserfällen im Klingenberg ein Bein und mußte in die Klinik gebracht werden.

Unfälle durch mangelnden Arbeitsschutz
Karlsruhe. Bei Wiederaufbauarbeiten im Stadt Viehhof brach eine morsche Stelle des Gerüsts, wodurch vier Arbeiter aus einer Höhe von etwa drei Meter zu Boden stürzten. Hierbei erlitt der eine einen Schädelbruch, ein anderer einen Fernsienbruch, die beiden Uebrigen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Unfall beim Radfahren
Karlsruhe. Auf der Kreuzung der Mathystraße und Karlsruher Straße stieß ein Radfahrer mit einem Personenkraftwagen zusammen. Er wurde gegen die Windschutzscheibe geschleudert und mußte mit einer lebensgefährlichen Kopfverletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Unfall beim Radfahren
Karlsruhe. Auf der Kaiserstraße stieß ein Radfahrer beim Einbiegen nach links mit einem entgegenkommenden Radfahrer zusammen. Dieser stürzte und erlitt eine Kopfverletzung.

Unfall beim Rodeln
Heidelberg. Ein siebenjähriges Mädchen brach beim Rodeln an den Wasserfällen im Klingenberg ein Bein und mußte in die Klinik gebracht werden.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD, Kr. Mannheim-Luzenberg. Freitag, 3. März, 19 Uhr in der Luzenbergschule Funktionärsitzung.

Käfertal. Freitag, 3. März, 19.30 Uhr im „Löwen“ Mitglieder-Versammlung.

Neckarau. Freitag, 3. März, 19.30 Uhr im Lokal „Engel“ Mitglieder-Versammlung.

Wohnbezirk Jungbusch. Freitag, 3. März, 19.30 Uhr, im Lokal „zur Gemütlichkeit“ Leitungssitzung.

Ivesheim. Freitag, 3. März, 20 Uhr im Lokal „Schiff“ Mitglieder-Versammlung.

Rheinau. Samstag, 4. März, 20 Uhr im Lokal „Jenner“, Mitglieder-Versammlung.

Lindenhof. Samstag, 4. März, 19.30 Uhr im Lokal „Olbert“ Funktionär-Sitzung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe
Karlsruhe-Mühlburg. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, in der „Brunnenstube“ Mitgliederversammlung. Referent: H. Kellar.

Karlsruhe-Oststadt. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, im „Georg Friedrich“ Mitgliederversammlung.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Diskussion zur Resolution des Parteivorstandes.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg
Arbeitsgebiets-Konferenz
 Am Sonntag, den 5. März 1950, vorm. um 9 Uhr, findet für die Ortsgruppen Wiesloch, Walldorf, Baiertal, Schatthausen, Nußloch, Leimen, Sandhausen, St. Ilgen, Mühlhausen und Dirlheim in Wiesloch im Lokal „Friedrichshof“ eine Arbeitsgebiets-Konferenz statt. Tagesordnung: 1. Die politisch-ideologische Festigung unserer Partei, 2. Vorbereitung zur Neuwahl der Leitung, 3. Kommunalarbeit.

Heidelberg-Mittelstadt. Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, im „Neckarstaden“ außerordentliche Mitgliederversammlung.

Gaiberg. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: H. Gieser.

Heidelberg-Neuenheim. Freitag, den 3. 3. 1950, 20 Uhr in der Wohnung des Gen. Holle Mitgliederversammlung.

Handschuhsheim. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: K. Noe.

St. Ilgen. Am Freitag, 3. 3. 50, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: H. Holle.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: Die Resolution der 14. Tagung des PV.

Öffentliche Versammlungen
Eberbach. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Rose“. Referent Willi Kollmann. Thema: Politik im Musterland: Korruptionssumpf — Entnazifizierungsschwindel — Massenarbeitslosigkeit.

Bad Rappenau. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr. Referent: E. Mann. Thema: Was brachte uns die Bonner Regierung.

Wiesloch. Am Samstag, den 4. 3. 1950 um 20 Uhr in der „Palz“. Referent: Karl Noe. Thema: Politik im Musterland: Korruptionssumpf — Entnazifizierungsschwindel — Massenarbeitslosigkeit.

Werbesonntag für das „Badische Volksecho“
Eberbach. Am Sonntag, den 5. März 1950 findet in Eberbach ein Werbesonntag für das „Badische Volksecho“ statt. Treffpunkt aller Mitglieder der Ortsgruppe vormittags 9 Uhr in der „Rose“.

Was man wissen muß

Rentenzuschlag für Schwerbeschädigte, Witwen und Eltern
 Die Pressestelle des Arbeitsministeriums Württemberg-Baden teilt mit:

Als Ueberbrückungsmaßnahme bis zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes zur Versorgung der Kriegsopter hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats das Gesetz zur Verbesserung von Leistungen an Kriegsopter beschlossen. Nach § 1 dieses Gesetzes erhalten Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 v. H. (Schwerbeschädigte), Witwen und Verwandte der aufsteigenden Linie (Eltern) mit Wirkung vom 1. Januar 1950 ab zu ihrer Rente einen Zuschlag von 20 vom Hundert.

Anspruch auf diesen Zuschlag besteht nicht, wenn

a) der Berechtigte eine Rente aus der Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten oder aus der knappschaftlichen Rentenversicherung bezieht oder

b) das sonstige Einkommen die halbe Rente übersteigt. Ist das sonstige Einkommen höher als die halbe Rente, so wird der Zuschlag insoweit gewährt, als das sonstige Einkommen hinter dem Betrage der halben Rente zuzüglich Zuschlag zurückbleibt; ergibt sich danach weniger als monatlich eine Deutsche Mark, so wird der Zuschlag nicht gewährt.

Formblätter für die „Erklärung“ (mit Erläuterungen) werden von den Kreisfürsorgebehörden, Wohlfahrtsämtern der kreis-

freien Städte sowie von den Bürgermeisterämtern in Württemberg-Baden nur an solche rentenberechtigte Schwerbeschädigte, Witwen und Eltern (kostenlos) ausgegeben, bei denen nicht ohne weiteres zu erkennen ist, daß sie nach den vorstehenden Bestimmungen keinen Zuschlag erhalten können. Die Formblätter sollen ausgefüllt bei den genannten Stellen wieder abgeliefert und nach Bestätigung der Angaben an die Landesversicherungsanstalt eingesandt werden.

Arbeitsgericht Mosbach
Mosbach. Kostenlose Beratungen und Auskünfte in allen arbeitsrechtlichen Fragen können in den Rechtsberatungsstunden des Arbeitsgerichts Mosbach an allen Wochentagen, außer Montag und Samstag, jeden Vor- und Nachmittag eingeholt werden.

Sonntags-Rückfahrkarten
Heidelberg. Die Bundesbahn teilt mit, daß die Gültigkeit für Sonntags-Rückfahrkarten ab sofort bis Montags um 24 Uhr verlängert wird.

Amerikaner tobt, weil Alkohol verweigert
Mannheim. In einem Lokal in Seckenheim erschien ein amerikanischer Soldat,

Mit alter Munition gespielt - ein Auge verloren
 Unfälle der letzten Tage im nordbadischen Land

Göppingen. (lwb) In Wiesensteig im Tale warfen spielende Kinder eine Patronenhülse, von der sie zuvor das Geschloß entfernt hatten, ins Feuer. Bei der Explosion der Hülse wurde einem fünfzehnjährigen Jungen ein Stück Holz ins Auge geschleudert. Das Auge mußte durch eine Operation entfernt werden.

Mit Starkstromleitung in Berührung gekommen
Buchen. (lwb) Ein 25-jähriger Landwirt aus Marbach kam dieser Tage beim Bestellen eines Starkstromgittermastes mit der Leitung in Berührung. Der Mann erlitt erhebliche Verbrennungen und stürzte aus etwa sieben Meter Höhe ab. Er wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

Weil die Steuerung versagte
Heidelberg. Durch einen plötzlich auftretenden Motorschaden verlor ein aus Weinheim kommender Lastkraftwagenfahrer die Herrschaft über sein Fahrzeug, fuhr auf einen Gehweg, wobei er einen Baum streifte und dadurch zum Stehen kam. Der Wagen wurde erheblich beschädigt.

Schierke eine Verheißung und ein Bekenntnis

Funkbericht von der Eröffnung der 1. Wintersportmeisterschaften in der Deutschen Demokratischen Republik

Die Wintersportmeisterschaften der Deutschen Demokratischen Republik in Schierke im Harz sind der grandiose Auftakt der sportlichen Demonstrationen in der DDR für Frieden und Einheit, die in dem Pfingsttreffen der deutschen Jugend in Berlin gipfeln werden. Wir bringen nachstehend den Funkbericht von der Eröffnung und werden fortlaufend über die Meisterschaftskämpfe berichten. (D. Red.)

Schierke. (EB) Der plötzliche Schneeeinbruch in Deutschland hat überraschend doch noch die Möglichkeit eröffnet, die lange vorbereiteten und wegen des schlechten Wetters immer wieder verschobenen ersten Wintersportmeisterschaften der Deutschen Demokratischen Republik abzuhalten. Durch den Sportler der Deutschen Demokratischen Republik nach Schierke gerufen, und schon Dienstag fand die feierliche Eröffnung der Sportveranstaltungen statt.

Das kleine Harzstädtchen Schierke prangte in buntem Fahnenmischel, als die Sportler aus allen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik eintrafen. Ueberall wehten die schwarz-rot-goldenen Fahnen der DDR, die blauen der FDJ und die roten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Eröffnung der ersten Wintersportmeisterschaften der DDR am Dienstag fand unter Anwesenheit der besten Wintersportler der Republik und zahl-

reicher Werktätiger aus den Betrieben statt. Eingeleitet wurde die Feierstunde mit dem Lied, das man gleichsam als Motto über die ganzen Veranstaltungen der kommenden Tage in Schierke setzen könnte, dem Friedenslied der deutschen Jugend: „Sportler seid bereit, zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens!“

Schon die Eröffnung der ersten Wintersportspiele der DDR zeigt, daß dort eine ganz neue Sportbewegung im Werden ist. Das kam auch deutlich in den Worten des Leiters des Deutschen Sportausschusses zum Ausdruck. „Wenn wir am heutigen Tage zusammenkommen zur Eröffnung der 1. Wintersportmeisterschaften der Deutschen Demokratischen Republik“, so sagte er, „so ist es notwendig, einmal zu überlegen, wie es zu diesem großen Ergebnis unserer Tätigkeit gekommen ist.“ Dann zeigte er auf, daß die neue demokratische Sportbewegung eben nur zustandekommen konnte durch die großen gesellschaftlichen Veränderungen, die in der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen wurden.

Die westlichen Imperialisten benutzen den Sport, um die Jugend reif zu machen für ihre Kriegsbenteuer. „Wehrsportliche Erziehung“ nannten es die Nazis. In der Deutschen Demokratischen Republik aber ist man sich bewußt,

daß diese Sportler nie mehr als Kanonenfutter eines imperialistischen Krieges auf die Schlachtfelder gehen werden.

und ihr Sport dient wirklich der Freude und Erholung, dem friedlichen Wettkampf der Kräfte.

Der Leiter des deutschen Sportausschusses kam dann darauf zu sprechen, daß in der DDR der Sport keine Angelegenheit einer bevorzugten Schicht und bezahlter Stars ist, sondern zu einer breiten Massenbewegung geworden ist. „Es ist bei uns ja nicht so wie in Garmisch-Partenkirchen“, führte er aus, „daß nur eine auserwählte Schicht derartige Veranstaltungen zu ihrem Vergnügen ausnutzen kann, sondern gerade die arbeitenden Menschen finden bei uns im Sport Freude und Erholung.“

Abschließend erklärte der Leiter des Deutschen Sportausschusses, daß die Sportler der Deutschen Demokratischen Republik sich

verpflichtet fühlen, auch weiterhin aktiven Anteil an der Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens, der die ganze demokratische Sportbewegung zu verdanken haben, teilzunehmen, um „in Freude und Frohsinn ein neues Leben, eine glückliche Zukunft für unser Volk zu eröffnen“.

Wir wollen keine Westarmee, wir wollen für Deutschland leben!

Danach erklärte er im Namen des Deutschen Sportausschusses, des Zentralrates der FDJ und des Bundesvorstandes des FDGB die ersten Wintersportmeisterschaften der Deutschen Demokratischen Republik für eröffnet.

Ihren Friedenswillen bekundeten die Sportler noch einmal, als sie zum Abschluß der Eröffnungsfeyer gemeinsam die Worte des Weltjugendliedes sangen: „Jugend aller Nationen...“

Frische Seefische von der Küste
 zu billigsten Tagespreisen eingetroffen:
 Goldbarsch-Filet, Cabliau-Filet, Seelachs-Filet, Schellfisch o. K., Cabliau o. K., Heilbutt, Zander, Seezungen, Salm

Feldhasen frisch geschlachtet:
 Rücken u. Schlegel . . . 500 gr. **1.90**
 Ragout 500 gr. **1.20**

Geflügel in größter Auswahl
 1949 er Jilbesheimer Weißwein offen Ltr. **1.35**
 1949 er Jilbesheimer Rotwein offen Ltr. **1.45**

Waldschneide
 Waldstr. 75/77 u. Karlstr. 25
 Telef. 5325 & 23

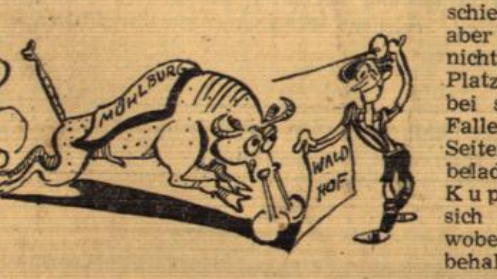


Toto Tipps
 Da waren's nur noch neun
 Liebe Tipfreunde!

Nur neun Tipps waren an diesem närrischen Sonntag nach Faschnacht übrig geblieben. Die anderen fünf waren vom Winde verweht oder im Schnee vergraben. Vielleicht wären es gerade die richtigen Tipps gewesen, die nicht an die Öffentlichkeit gelangten und da wo wir falsch getippt hatten, da wurde natürlich gespielt. So kann man eben Pech haben. Wir werden also in Zukunft darauf achten müssen, unsere falschen Tipps da unterzubringen, wo die Spiele ausfallen, was ja bei der jetzigen Wetterlage noch mehrfach zu erwarten sein könnte.

Die Fürther hatten am vorigen Sonntag in Waldhof Schwein, daß sie mit ihren vier Ersatzleuten nicht zu spielen brauchten. Diesmal aber wird ihnen ihr Klebblatt allein nichts nützen. Gegen den Bornheimer Beton hilft nur ein kräftiger Rammbar und den scheinen sie in Ronhof zur Zeit nicht auf Lager zu haben. Die Frankfurter könnten davon profitieren. Der Bumbas hat bisher nicht viel Freude an seinen neuen Schützlingen in Nürnberg erlebt. Es ist wohl nicht so einfach, ihnen Offensivgeist einzutrichtern. Für einen Sieg in Schweinfurt wird die Dosis kaum reichen.

Auf in den Kampf, Torero aus Waldhof! In der Arena in Mühlburg wartet aber ein Stier, der dort schon manchen auf die Hörner genommen hat und der zudem in letzter Zeit durch allerhand Stiche schwer gereizt ist. Wird die elegante Waldhof-Klinge auch fest genug sein für den wuchtigen Anprall? Nebenbei bemerkt: Mühlburg fabriziert nicht in jedem Spiel Eigentore!



Es sind schon einige Wochen her, seit die Augsburger den Sieg einer einheimischen Mannschaft bejubeln konnten und sie sollten sich auch diesmal nicht zu früh freuen! Regensburg liegt den Ballspieler nicht, was ihnen schon beim vorigen Mal sehr deutlich bescheinigt wurde. Und wenn man dazu noch so nettleidend ist wie die Leute vom Strudel, dann greift man zum rotenden Strohhalm, wo er sich auch zeigt. Die Münchener Löwen haben am letzten Sonntag Blut geleckt und sie haben noch ein ernstes Wörtchen mit dem Süddeutschen Meister zu reden wegen 4:1. Aber die Offenbacher haben nun angefangen, auch in die Ferne zu schweifen beim Punkte sammeln und München war schon immer ein günstiges Pflaster für die Reisenden in Lederwaren und Punkten.

Die Frankfurter Eintracht pflegt gewöhnlich auf einen erfolgreichen Beutezug auswärts eine Panne auf eigenem Gelände folgen zu lassen. Diesmal aber wird sich die Regel nicht bestätigen, denn das Münchener Kind, das zu Besuch kommt, ist doch zu kurzatmig geworden und die Eintracht hat noch große Rosinen im Kopf. In Stuttgart möchte ein Augsburger Schwabe die rote Laterne abgeben und für die Stuttgarter Kickers gleich da lassen, aber der VfB will ja nicht nur seinen Lokalrivalen herauspauken, sondern auch noch für eigene Rechnung Punkte sammeln. Da besteht nur geringe Aussicht für Schwabenstreiche.

Als nächste Vorstellung im Braueri-Zeit des VfR wird er Champion von ganz Westdeutschland, Mannheim und umliegenden Dörfern sich mit dem einstigen Mator von Degerloch messen. Mit bedenkllicher Miene betrachten die Stuttgarter Kickers den wieder angeschwollenen Bizeps des Meisters und sie werden wohl oft in die Brücke gehen müssen. „Der Meister kann die Form zerbrechen...“, wir nehmen es wenigstens an.

Die Preußen aus Dellbrück bei Köln schießen manchmal nicht schnell und gut aber mit den Rotweiß aus Essen ist auch nicht gut Kirschenessen. Es winkt der dritte Platz und Köln möchte auch wieder mal dabei sein. Sie werden es wohl in diesem Falle schaffen. S. Pardi kann sich keine Seitensprünge mehr leisten und wird wohl beladen aus Oldenburg heimkehren. Kuppenheim und Tübingen werden sich gegenseitig altern und hin- und herziehen, wobei Kuppenheim wohl das letzte Wort behalten wird. Schon wieder! Brötzin-

